

Demokratiefähiger Kapitalismus

Friedhelm Hengsbach S.J., Frankfurt am Main

20.05.2005

Franz Müntefering hat mit seinem „Heuschrecken“ – Vergleich einen wahren Orkan im deutschen Blätterwald erzeugt. Die wenigen Sätze der Programmrede, die er vor ein paar Wochen gehalten hat, erklären indessen nicht die mediale Erregung.

1 Die Programmrede

Der SPD-Vorsitzende stellt fest, dass ein Spannungsverhältnis zwischen der staatlichen Politik und den ungehemmten Regeln des Marktes besteht. Er kritisiert die international wachsende Macht des Kapitals, die totale Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandels, die international forcierte Profitmaximierungsstrategie bestimmter Finanzunternehmen, die auf Dauer die Demokratie gefährdet, sowie eine Marktwirtschaft pur, die den Menschen nur in seinen Funktionen als Produktionsfaktor, als Verbraucher und als Ware auf dem Arbeitsmarkt kalkuliert. Und er erwartet, dass die europäischen Staaten an der Architektur einer sozialen und demokratischen Union, nicht bloß einer Wettbewerbsunion bauen.

2 Wahlkampfgetöse

Ist der Paukenschlag, mit dem eine zermürbte SPD in die Schlagzeilen katapultiert wurde, reiner Theaterdonner und betäubendes Wahlkampfgetöse? Drei Viertel der Bevölkerung sind dieser Meinung. Die bürgerlichen Eliten geben sich empört und besorgt darüber, dass Münteferings Polemik eine Eigendynamik erzeugen und die Regierung nötigen könnte, bisher beschlossene soziale Einschnitte zurück zu nehmen. Die Wahlkämpfer dagegen verspüren leichten Rückenwind. Ob sich jedoch die parteiverdrossenen Genossen in NRW zur Stimmabgabe mobilisieren lassen, wird der Wahltag aufdecken.

Zu Recht wird befürchtet, dass das radikale Moralisieren und Abstempeln von Prügelknaben - früher der „faulen Säcke“ unter den Arbeitslosen und jetzt der geldgierigen und moralisch verwerflichen Manager - politisch folgenlos bleibt. Denn die Wachstumsschwäche und die Unterbeschäftigung sind nicht durch persönliche Untugenden, sondern durch strukturelle, politisch verursachte Fehlsteuerungen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre der Wirtschaft erzeugt worden.

Die moralisch klingende Empörung des Parteivorsitzenden über das Fehlverhalten der Manager bleibt nämlich auch folgenlos, solange seine Rhetorik von den Spitzen der SPD, denen die Schalthebel staatlicher Macht anvertraut sind, durchkreuzt wird, indem diese eine gegenteilige Wirtschaftspolitik verfolgen: gegenüber den Arbeitslosen haben sie den Systemwechsel von der Sicherung des Lebensstandards zur Fürsorge vollzogen und die Solidarität mutwillig deformiert. Sie haben den Kapitalgesellschaften gerade erst weitere Steuergeschenke gewährt, haben die hochspekulativen Fonds zugelassen, die Kosten einer Produktionsverlagerung anrechnungsfähig gemacht und die Veräußerungsgewinne von Beteiligungen steuerfrei erklärt.

Trotz der Widersprüche zwischen programmatischer Rhetorik und alltagspraktischer Politik liefert Franz Müntefering berechtigte Denkanstöße, wenn er anzudeuten scheint, dass die Finanzmärkte und nicht die Arbeitsmärkte die erste Stellgröße in der politischen Arena sind, die von der wirtschaftlichen Krise herausgefordert und zu ihrer Bewältigung aufgefordert ist. Dass Großbanken und Versicherungskonzerne Gewinnzielen nachjagen, die sie nur mit riskanten hochspekulativen Wertpapiergeschäften erreichen können, und Investmentfonds ihre Wertpapiergeschäfte tendenziell an ebenso riskanten und kurzfristigen Profitvorstellungen orientieren. Und dass sich das Verhältnis von wirtschaftlicher Macht und demokratischen Beteiligungsrechten zugunsten der Ökonomie verschiebt.

3 Sozialverkündigung der Päpste

Franz Münteferings Kapitalismuskritik klingt in der deutschen Öffentlichkeit ungewohnt. Sie wird jedoch von den Sozialrundschriften der letzten Päpste geteilt. Papst Pius XI. äußerte sich 1931 beunruhigt über die Zusammenballung von Kapital und wirtschaftlicher Macht als Resultat einer uneingeschränkten Wettbewerbsfreiheit, die am Ende zu ihrer Selbstaufhebung führt. Es folge ein gnadenloser Machtkampf innerhalb der Wirtschaft. Dann würden die wirtschaftlich Mächtigen die staatliche Sphäre zu erobern suchen; der Staat werde zum Spielball ihrer Interessen und ihnen unterworfen. Schließlich komme es zu einem Machtkampf der Staaten untereinander. Dieser entarte in den "Imperialismus des internationalen Finanzkapitals", das überall da zu Hause sei, wo sich ein Beutefeld auftut.

Ähnlich scharf hat Papst Paul VI. 1967 einen ungehemmten Liberalismus verurteilt, wonach der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln ein absolutes Recht ohne Schranken und gesellschaftliche Verpflichtung sei. Er vergleicht die Regeln des internationalen Handels zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mit den Arbeitsverträgen, die unter extrem ungleichen Verhandlungsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen werden. Dem Verhandlungsergebnis stimmten zwar beide Parteien zu. Aber die freie Zustimmung sei keine Garantie dafür, dass der Vertrag gerecht ist.

Papst Johannes Paul II. hat dem Wunder der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ein eigenes Sozialrundschriften gewidmet. Darin stellt er die Frage, ob nach dem Scheitern des Kommunismus der Kapitalismus

das siegreiche Gesellschaftssystem sei, das die Anstrengungen der Transformationsländer verdient und den Entwicklungsländern empfohlen werden soll. Gleichzeitig widerspricht er der Behauptung, dass die Niederlage des so genannten realen Sozialismus den Kapitalismus als das einzige Modell wirtschaftlicher Organisation übrig lasse. Vielmehr meint er, dass die westlichen Länder Gefahr laufen, in diesem Scheitern den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich nicht darum zu kümmern, an diesem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen. Aus globaler Sicht beobachtet der Papst einen neuen, ungezähmten Kapitalismus, der an der absoluten Vorherrschaft des Kapitals und des Eigentums an Produktionsmitteln über die Menschen als freie Subjekte der Arbeit festhält. Die menschlichen Defizite dieses Wirtschaftssystems, das die Herrschaft der Dinge über die Menschen festigt, heißen: Ausgrenzung, Ausbeutung und Entfremdung. Eine menschliche Alternative dazu ist eine Ordnung, die den Markt durch gesellschaftliche Kräfte und staatliche Organe ordnet sowie den Unternehmen einen Ort der freien Arbeit und Beteiligung zuweist. Die Unternehmen sind nicht in erster Linie Gesellschaften der Kapitaleigner, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die ihren spezifischen Beitrag durch den Einsatz von Kapital und Arbeit leisten.

4 Zwei Unterscheidungen

In der Sozialverkündigung der Kirche wird wiederholt großes Gewicht auf eine zweifache Unterscheidung gelegt - in Bezug auf den Kapitalismus und auf das Privateigentum.

Der Kapitalismus wird einerseits als wirtschaftliches Funktionsgerüst verstanden. Seine Komponenten sind der marktwirtschaftliche Wettbewerb, ein hoher Technikeinsatz aus vorgeleisteter Arbeit, eine elastische Geldversorgung und eine private Unternehmensorganisation. Dessen Vorteil und positiver Wert wird ausdrücklich anerkannt. Andererseits ist der Kapitalismus ein gesellschaftliches Machtverhältnis - mit einer vierfachen Schieflage wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht. Im Unternehmen besteht das Entscheidungsmonopol derer, die Eigentümer der Produktionsmittel sind oder rechtmäßig darüber verfügen. Diese Schieflage der Macht überträgt sich auf den Arbeitsmarkt, auf die Verhandlungspositionen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Tarifverträge als Formen friedlicher Konfliktregelung. Auf den Gütermärkten treten die Produzenten meist stärker organisiert und konzentriert auf als die in der Regel atomisierten Verbraucher. Und an der Nahtstelle zwischen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre verfügt das Bankensystem über jene Geld- und Kreditschöpfungsmacht, mit der das Produktionsniveau und die Richtung der Produktion vorweg entschieden wird.

Beim Recht auf Privateigentum werden zwei Eigentumsformen unterschieden. Einerseits wird das individuelle Eigentum an Gebrauchsgütern, die durch eigene Arbeit erworben werden, als ein Grundrecht anerkannt. Über ihre persönliche Einkommen und Vermögen (nach Steuern und Abgaben) dürfen Männer und Frauen zu Recht wie über ein privates Gut nach eigenem Ermessen verfügen. Andererseits kann das Eigentum an Produktionsmitteln nur unter Einsatz fremder Arbeitskraft, nämlich abhängig Beschäftigter produktiv eingesetzt und gewinnbringend vermehrt werden. Folglich ist die durch den Einsatz von Arbeit und Kapital gemeinsam erwirtschaftete Wertschöpfung kein aus-

schließliches privates Gut der Aktionäre, sondern Eigentum aller, die sich im Unternehmen auf unterschiedliche Weise engagieren. Wenn den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der ihnen zukommende Teil der Wertschöpfung entrissen und einseitig auf die Konten der Aktionäre und Spitzenmanager überwiesen wird, werden die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Solidarität verletzt.

5 Wechselseitige Zähmung

Franz Müntefering bestätigt, dass die in Deutschland propagierte Formel der sozialen Marktwirtschaft und erst recht die finanzmächtige Werbung für eine “Neue soziale Marktwirtschaft” rhetorische Tünche darstellen. Die Deutschen leben tatsächlich in einer kapitalistischen, sozial temperierten Marktwirtschaft sowie in einer freiheitlichen und sozialen Demokratie. Kapitalismus und Demokratie verhalten sich ursprünglich wie Feuer und Wasser. Aber geschichtlich sind sie zusammen gewachsen und zähmen sich gegenseitig. Die Proklamation der Menschenrechte, der politischen Beteiligungsrechte, wonach jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht hat, sich an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen aktiv zu beteiligen und darin selbst zu vertreten, der wirtschaftlich-sozialen Anspruchsrechte auf einen Mindestanteil am gesellschaftlichen Einkommen und Vermögen sowie der bürgerlichen Freiheitsrechte der Vertragsfreiheit und des Privateigentums haben eine Korrektur des Kapitalismus und der darin wirksamen Machtdynamik ebenso bewirkt wie die verfassungsfesten Institutionen des Arbeitsschutzrechts, der Tarifautonomie, der Betriebsverfassung sowie der unternehmerischen Mitbestimmung. Ob solche charakteristischen Merkmale eines “rheinisch” gezähmten Kapitalismus aufs Ganze und auf Dauer dem angloamerikanischen Finanzstil wirklich unterlegen sind, ist selbst nach den turbulenten Ereignissen um die Deutsche Börse AG noch nicht entschieden.